

1970	Ausgegeben zu Bonn am 20. Februar 1970	Nr. 14
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
16. 2. 70	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischgroßmärkte (Fleischmarkthallen) <small>Bundesgesetzbl. III 7843-2, 7843-2-1, 7843-2-2</small>	177
12. 2. 70	Sechste Verordnung zur Änderung der Auslandsfleischbeschaustellen-Verordnung	179
17. 2. 70	Vierte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-VO 1970)	180
11. 2. 70	Bekanntmachung über die Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) <small>Bundesgesetzbl. III 1101-2</small>	184

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes
über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser
und Fleischgroßmärkte (Fleischmarkthallen)**

Vom 16. Februar 1970

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischgroßmärkte (Fleischmarkthallen) vom 5. Mai 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 242), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung schlachtviehrechtlicher Vorschriften vom 2. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 683), wird vorbehaltlich des Artikels 3 wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 8 bis 10 wird aufgehoben.
2. § 2 wird aufgehoben.

Artikel 2

Die auf Grund der in Artikel 1 Nr. 1 und 2 genannten Vorschriften erlassenen Durchführungsvor-

schriften und Durchführungsbestimmungen werden vorbehaltlich des Artikels 3 aufgehoben, insbesondere die Verordnung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Gemeinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirks zugeführt wird, vom 18. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1389), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung schlachtviehrechtlicher Vorschriften und die Verordnung über die Erhebung des Ausgleichszuschlags bei Lebendvieh vom 18. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1390).

Artikel 3

Bis zum 1. Januar 1977 kann auf Grund des § 1 Abs. 10 und § 2 des in Artikel 1 genannten Gesetzes und der dazu ergangenen Durchführungsvorschriften und Durchführungsbestimmungen eine Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Ge-

meinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirks zugeführt wird, noch wie folgt erhoben werden:

bis zum 1. Januar 1971

bis zur Höhe von 0,08 DM/kg,

bis zum 1. Januar 1974

bis zur Höhe von 0,06 DM/kg,

bis zum 1. Januar 1977

bis zur Höhe von 0,04 DM/kg.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 16. Februar 1970

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

**Sechste Verordnung
zur Änderung der Auslandsfleischbeschaustellen-Verordnung
Vom 12. Februar 1970**

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 25 Abs. 1 des Fleischbeschaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1463), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 15. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1627), in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zu der Verordnung über Einlaßstellen für Fleisch und Auslandsfleischbeschaustellen vom 22. Juli 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 542), zuletzt geändert durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Auslandsfleischbeschaustellen-Verordnung vom 25. Juni 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 687), wird wie folgt geändert:

1. In der Zeichenerklärung werden in Buchstabe B nach dem Wort „Organe“ ein Komma und das Wort „Rinderzungen“ eingefügt.
2. Die nachstehend aufgeführten laufenden Nummern erhalten folgende Fassung:

„1	Aachen	Hauptzollamt Aachen-Süd	ABCDEFG“
„132	Heilbronn (Neckar)	Zollamt Heilbronn- Kanalhafen	A CDEF“.

3. Die laufende Nummer 229 wird gestrichen.

4. Es werden eingefügt

- a) hinter der laufenden Nummer 75 die Nummer

„75a Frankfurt (Main)
Zollamt Frankfurt
(Main) — Großmarkt- D“
halle

- b) hinter der laufenden Nummer 171 die Nummer

„172 Lohne (Oldb)
Zollamt Lohne A E“.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952. (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 15. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 186) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. Februar 1970

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Käte Strobel

**Vierte Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Anrechnungs-VO 1970)**

Vom 17. Februar 1970

Auf Grund des § 33 Abs. 6, des § 33a Satz 3, des § 33b Abs. 5 Satz 3, des § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 141, ber. S. 180), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Erstes Anpassungsgesetz) vom 26. Januar 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 121), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Satz 3, § 33b Abs. 5 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 2

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 3

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben

ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 4

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

- a) Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 100 bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 7,05 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 4,48 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.
- b) Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 100 je Stufe ein Betrag in Höhe von 3,13 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

§ 5

Diese Verordnung gilt zur Feststellung der in § 1 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche für Zeiträume im Kalenderjahr 1970 bestehen.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 91 des Bundesversorgungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in Kraft.

Bonn, den 17. Februar 1970

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente
 Gültig für das Kalenderjahr 1970

Einkünfte (brutto)		Stufen- zahl	Anzurech- nendes Einkommen	Ausgleichsrenten								Elternrenten			
aus gegen- wärtiger Erwerbs- fähigkeit	übrige Einkünfte			Beschäftigte mit einer MdE um								Voll- waisen	Halb- waisen	Elternpaar	Elternteil
				100 v. H.	90 v. H.	80 v. H.	70 v. H.	50,60 v. H.	Wit- wen	DM	DM				
bis zu DM	bis zu DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
155	68	0	0	313	278	232	191	139	188	128	93	232	157		
162	72	1	3	310	275	229	188	136	185	125	90	229	154		
169	76	2	6	307	272	226	185	133	182	122	87	226	151		
176	81	3	9	304	269	223	182	130	179	119	84	223	148		
183	85	4	12	301	266	220	179	127	176	116	81	220	145		
190	90	5	15	298	263	217	176	124	173	113	78	217	142		
197	94	6	18	295	260	214	173	121	170	110	75	214	139		
204	99	7	21	292	257	211	170	118	167	107	72	211	136		
211	103	8	25	288	253	207	166	114	163	103	68	207	132		
218	108	9	28	285	250	204	163	111	160	100	65	204	129		
225	112	10	31	282	247	201	160	108	157	97	62	201	126		
232	117	11	34	279	244	198	157	105	154	94	59	198	123		
239	121	12	37	276	241	195	154	102	151	91	56	195	120		
246	126	13	40	273	238	192	151	99	148	88	53	192	117		
253	130	14	43	270	235	189	148	96	145	85	50	189	114		
260	135	15	46	267	232	186	145	93	142	82	47	186	111		
267	139	16	50	263	228	182	141	89	138	78	43	182	107		
274	144	17	53	260	225	179	138	86	135	75	40	179	104		
281	148	18	56	257	222	176	135	83	132	72	37	176	101		
288	153	19	59	254	219	173	132	80	129	69	34	173	98		
296	157	20	62	251	216	170	129	77	126	66	31	170	95		
303	162	21	65	248	213	167	126	74	123	63	28	167	92		
310	166	22	68	245	210	164	123	71	120	60	25	164	89		
317	171	23	71	242	207	161	120	68	117	57	22	161	86		
324	175	24	75	238	203	157	116	64	113	53	18	157	82		
331	180	25	78	235	200	154	113	61	110	50	15	154	79		
338	184	26	81	232	197	151	110	58	107	47	12	151	76		
345	188	27	84	229	194	148	107	55	104	44	9	148	73		
352	193	28	87	226	191	145	104	52	101	41	6	145	70		
359	197	29	90	223	188	142	101	49	98	38	3	142	67		
366	202	30	93	220	185	139	98	46	95	35	0	139	64		
373	206	31	97	216	181	135	94	42	91	31		135	60		
380	211	32	100	213	178	132	91	39	88	28		132	57		
387	215	33	103	210	175	129	88	36	85	25		129	54		
394	220	34	106	207	172	126	85	33	82	22		126	51		
401	224	35	109	204	169	123	82	30	79	19		123	48		
408	229	36	112	201	166	120	79	27	76	16		120	45		
415	233	37	115	198	163	117	76	24	73	13		117	42		
422	238	38	118	195	160	114	73	21	70	10		114	39		
429	242	39	122	191	156	110	69	17	66	6		110	35		
437	247	40	125	188	153	107	66	14	63	3		107	32		
444	251	41	128	185	150	104	63	11	60	0		104	29		
451	256	42	131	182	147	101	60	8	57			101	26		
458	260	43	134	179	144	98	57	5	54			98	23		
465	265	44	137	176	141	95	54	2	51			95	20		
472	269	45	140	173	138	92	51	0	48			92	17		
479	274	46	143	170	135	89	48		45			89	14		
486	278	47	147	166	131	85	44		41			85	10		
493	283	48	150	163	128	82	41		38			82	7		
500	287	49	153	160	125	79	38		35			79	4		
507	292	50	156	157	122	76	35		32			76	1		
514	296	51	159	154	119	73	32		29			73	0		
521	300	52	162	151	116	70	29		26			70			
528	305	53	165	148	113	67	26		23			67			
535	309	54	169	144	109	63	22		19			63			
542	314	55	172	141	106	60	19		16			60			
549	318	56	175	138	103	57	16		13			57			
556	323	57	178	135	100	54	13		10			54			
563	327	58	181	132	97	51	10		7			51			
570	332	59	184	129	94	48	7		4			48			
578	336	60	187	126	91	45	4		1			45			
585	341	61	190	123	88	42	1		0			42			
592	345	62	194	119	84	38	0					38			
599	350	63	197	116	81	35						35			

Bekanntmachung
über die Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung
des Bundestages und des Bundesrates
für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes
(Vermittlungsausschuß)

Vom 11. Februar 1970

Der Deutsche Bundestag hat am 14. Januar 1970 die folgenden Änderungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) vom 19. April 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 103), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 11. Februar 1957 (Bundesgesetzblatt II S. 31), beschlossen, denen der Bundesrat am 23. Januar 1970 zugestimmt hat:

In § 11 Satz 2 und § 12 Abs. 4 werden jeweils die Worte „noch am gleichen Tage“ durch das Wort „unverzüglich“ ersetzt.

Bonn, den 11. Februar 1970

Der Präsident
des Deutschen Bundestages
von Hassel

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., 5 Köln 1, Postfach.
Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalter. **Bezugspreis** halbjährlich für Teil I und Teil II je 20,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,50 DM gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe 0,50 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. **Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.**